

Volksblatt

Nummer 50

Samstag, den 20. Februar

Jahrgang 1927

Vertrauen zur Führung!

Nach Bismarcks Sturz begann der neue Kurs: Richtenerneuerung des Reichsversicherungsvertrages mit Rußland, Suchen nach neuen Freundschaften, Jidjad-Wege. Die neuen Männer hatten zwar das gleiche Ziel, das Bismarck hatte: das 1864, 1866 und 1870-71 Erregene unter Führung des Friedens zu sichern, aber der Bündnisapparat des ersten Kanzlers war ihnen zu kompliziert, als daß sie sich darauf zu spielen vermähren. Sie suchten neue Wege; auch in der Innenpolitik, in der ja der große Kanzler nicht immer eine glückliche Hand gezeigt hatte. Das war der neue Kurs. Kann man auch jetzt von einem neuen Kurs reden? Im Sinn von 1890 und den folgenden Jahren zweifellos nicht. Zwar ist die parlamentarische Mehrheit von der Mitte bis zur Linken durch eine Mehrheit von der Mitte bis zur Rechten abgelöst worden, aber nicht nur die wichtigsten Posten in der Reichsregierung haben dieselben Männer wie vor dem Jahre, sondern auch das Regierungsprogramm weicht nicht von dem früheren ab, das die Billigung der Linken hatte.

Marg ist wieder Kanzler, und der Kanzler bestimmt nach der Verfassung die Richtung der Politik. Stresemann hat wieder das Außenministerium. Was in den letzten Jahren auf außenpolitischem Gebiet Grundlegendes geschaffen worden ist, hat die Zustimmung der dagegen bis zur Bildung dieses Kabinetts opponierenden Partei gefunden. Das Reichsarbeitsministerium befehligt weiter Dr. Brauns. Von ihm aus hat das Regierungsprogramm die soziale Note erhalten, die in Industriellenkreisen den Anspruch hervorgerufen hat: „Dieses Kabinett wird uns teuer zu stehen kommen.“ An der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums steht wieder Dr. Curtius, an der Spitze des Reichswehrministeriums Dr. Götter. Der Einfluß der alten Regierungsparteien ist weiter gesichert durch den Reichsfinanzminister Dr. Brüning, den bürgerlichen Zentrumsdemokraten, und den Reichspostminister Schäpl von der Bayerischen Volkspartei. Diesen stehen Minister aus der parlamentarischen Mitte gegenüber. Sie befehligt ein politisches Ministerium, das Innenministerium, das heute noch der Abgrenzung des Arbeitsministeriums von ihm nicht mehr die volle Bedeutung des früheren Staatssekretariats des Innern hat, und drei Reichsämter, die man als Fachministerien anzusprechen berechtigt ist: Justiz, Landwirtschaft und Verkehr.

Auf Grund dieser Erwägungen sprechen wir bei der Erörterung des auf dem Zentrumsmantel und den Richtlinien aufgebauten Regierungsprogramms bewußt vom alten Kurs; wenn nun im Gegenfall hierzu der Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Brüning in einem von der „Volkszeitung“ veröffentlichten Artikel von dem neuen Kurs spricht, so meint er damit natürlich nur die innenpolitische Wendung, die durch die Verpfändung der Deutschnationalen auf die bisherige Innen- und Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik historische Tatsache geworden ist. Es ist anzuerkennen, daß das demokratische Blatt die seiner eigenen Meinung widersprechenden Ausführungen des ersten Vizekanzlers des Reichsregimes zum Ausdruck bringt, wenn auch mit dem Vorbehalt, daß es seinen Glauben nicht teilt, daß es Dr. Marg gelingen werde, mit den Deutschnationalen die Politik der Mitte fortzusetzen. Dazu wäre zu sagen, daß die Zeiten abgewartet werden müssen. Denn ebenso sehr, wie es verkehrt ist, Vorurteilen über zu verteilten, muß es als falsch bezeichnet werden, wenn die Opposition alle Versicherungen des guten Willens auf Regierungsseite mit der Bemerkung quittiert: „Ausgeschlossen, daran glauben wir nicht.“ Gewiß ist die Aufgabe, die Dr. Marg sich gestellt hat, nicht harmlos, und er wird auch wohl im internen Kreise der Regierung manchen Verdacht entgegennehmen müssen, daß auf ein mehr oder weniger leichtes Abweichen vom alten Kurs hinauslaufen würden. Aber wie man einem turn- und wetterproben Kapitän vertraut, daß er das Schiff durchführt, wohin er es haben will, so glauben wir auch, daß das deutsche Volk zu Marg das Vertrauen haben darf, daß er den durch Richtlinien und Protokoll genau bezeichneten Regierungskurs hält und eher den deutschnationalen Teil der Bevölkerung zum Verlassen des Schiffes zwingt, als daß er dieses selbst nach falscher Richtung abbiegen läßt. Denn dieser Kapitän weiß genau, was er will. Schon seit Jahren hat er das Zeugnis für große Fahrt. Er kennt sich auch in den Kesseln, mit denen er arbeiten muß, genügend aus, um zu wissen, daß auf die Deutschnationalen nicht das Wort paßt: Kein unschuldsvoller Engel ist so rein. Man kennt die Gründe zur Genüge, um sich nichts vorzulesen zu lassen. Niemand im Zentrum und am wenigsten Reichskanzler Dr. Marg ist so vertrauensselig, sich zu sagen: „Jetzt haben wir die Leute der Rechten an Bord, nun kann uns nichts mehr passieren.“

Auch Dr. Brüning weiß, wie man in der Partei über das Diktat der Rechten denkt. Wenn trotzdem einer seiner Mitarbeiter in der „Deutschen Republik“ schreibt, die jetzige Regierung besitze „die Waffe des Selbstschutzes“, so ist das eine Bemerkung, die der vorhandenen, aus Mißtrauen geborenen Wachsamkeit des Zentrums nicht Rechnung trägt. Noch unverständlicher ist uns

allerdings eine Bemerkung, die Dr. Brüning selbst in einem Aufsatz seiner Wochenchrift macht. „Glaubt jemand ernsthaft im Zentrum“, fragt er dort, „daß man vom Inhalt des Manifestes loskommen könne, ohne die Partei ohne weiteres zu zerreißen?“ Ja um Himmels willen, Herr Dr. Brüning, wer denkt denn daran? Entfällt denn das Manifest irgend etwas vom allgemeinen Zentrumspunkt? Hat sich denn aus den Reihen unserer Partei gegen das Manifest oder einen seiner Sätze und Ausdrücke erhoben? Obwohl wir den Standpunkt Dr. Brüning nicht teilen, haben wir alle Achtung davor, daß er sein Handeln durch die Stimme seines Gewissens leiten läßt. Er ist von Abneigung und Mißtrauen gegen die Rechte befreit und überträgt — das ist es, was wir nicht billigen können — dieses Mißtrauen nunmehr auf die Mitglieder seiner Fraktion, den Kanzler Dr. Marg nicht ausgeschlossen. Man darf wohl sagen, daß die wenig garstigen Äußerungen, die das Reich gegen das Vertrauensvotum noch verhängen sollen, auf der Seite, gegen die sie sich richten, außerordentlich viel Selbstbesserung voraussetzen.

Umso sympathischer berührt die Art, wie Dr. Brüning in seinem oben zitierten Aufsatz den Lesern des demokratischen Blattes den „neuen Kurs“ darstellt. Es verlohnt sich schon, auf seine Ausführungen kurz einzugehen. In unsern jungen wiederbelebten Staatswesen, so legt er dar, ringen zwei Probleme um ihre politische Durchsetzung. Das erste Problem ist dieses: Der neue Staat und die in ihm bisher positiv tätigen Kräfte waren tief von der Notwendigkeit durchdrungen, die große Zahl der Arbeitslosen an den Staat heranzuziehen. Das zweite Problem ist die große Aufgabe, die hinter der politischen Rechten stehenden Kräfte in Stadt und Land, Handwerk und Handel, Beamtenschaft und Industrie gleichfalls an den Staat heranzuziehen. Das erste Problem findet seinen praktischen politischen Ausdruck in der Schaffung der Großen Koalition, das zweite in der Bildung einer Regierung, die eine der gegenwärtigen Reichsregierungen entspricht. Es ist bekannt, daß Reichskanzler Dr. Marg und das Zentrum sich noch bis vor-

kurzem für die Schaffung der Großen Koalition eingesetzt haben. Erst als sich die Durchführung als unmöglich herausgestellt hatte und auch die verbotene Wiederherstellung einer Mittelregierung mit möglicher Freiheit gegenüber rechts und links gescheitert war, hat der Reichskanzler sich zur Bildung der gegenwärtigen Regierung entschlossen. „Wer behaupten will“, fährt Dr. Brüning fort, „daß dieser Regierungsbildung Vorgänge aus dem Theaterdonner oder eitle Spiegelfechterei gewesen, auf Grund geheimer Verabredungen sei bereits längst vorher die Bildung einer sogenannten Reichskoalition beschlossene Sache gewesen, sagt — wesentlich oder unwesentlich — die Unwahrheit. Ich bin Zeuge, daß Reichskanzler Dr. Marg um die Durchführung dieser seiner nächsten Ziele mit größter Energie bis zum äußersten gegangen hat.“ Mit Entschiedenheit wendet sich der Verfasser weiter gegen den Zweifel, ob Dr. Marg seinen alten Grundsätzen treu geblieben sei: „Dem Reichskanzler und seinen Mitarbeitern ist es bitter ernst um die Durchführung des Regierungsprogramms. Ein Schwanken und Zögeln an ihm wird es nicht geben. Es wäre ein Verstummen, aus dem Start der neuen Reichsregierung mit samt ihrer Richtlinien, wie er sich in der politischen Redeschlacht des Reichstages vollzogen hat, etwa andersgerichtete Schlüsse ziehen zu wollen. Sollten nicht aus reinem Dogmatismus in der praktischen Tagesarbeit der deutschen Politik chaotische Zustände entstehen, so mußte es genügen, auf möglichst breiter Basis Grundsätze herausgearbeitet zu haben, die gesunde praktische Arbeit ermöglichen. Das ist geschehen, und nun war es man die Taten ab.“ Damit sagt Dr. Brüning das, was hier schon wiederholt betont wurde. Die Taten aber werden, das Vertrauen muß der Zentrumswähler zu seinem Führer Marg und seinen der gleichen Partei angehörenden Mitarbeitern in der Regierung haben, erweisen, daß der neue Kurs nichts anderes ist als die konsequente Fortsetzung des alten Kurses. Koalitionen sind keine Gefinnungsgemeinschaften, sondern sind noch immer Arbeitsgemeinschaften.

ten gewesen. Das Zentrum ist geblieben, was es war, als es mit den Sozialdemokraten und Demokraten die Weimarer Koalition bildete; es ist die christliche Partei des Ausgleichs und der Verständigung geblieben, und wird sie auch bleiben in der Zusammenarbeit mit der Rechten.

Diese Koalition hat sich zwangsläufig ergeben. Sie mußte einmal kommen. Es ist ein Versuch, Gelingen er, dann ist viel gewonnen: die große Front der in den wichtigsten innen- und außenpolitischen Fragen übereinstimmenden deutschen Parteien von der Rechten bis zur Linken. Dieser Versuch ist, so meinen wir, wohl des Schweißes der Edlen wert. Und man soll ihn sich in unseren Reihen nicht vernehmen lassen durch das gegen die Koalition aufgebracht Schlagwort vom „Vollbürgerbündel“. Dies Wort ist nicht nur deshalb nicht am Platz, weil in den Koalitionsparteien die Nichtbesitzenden, die Arbeiter, Angestellten und Beamten, weit stärker vertreten sind als die Besitzenden, sondern weil es auch weder in den Richtlinien noch in dem auf ihnen aufgebauten Regierungsprogramm irgendwelche Grundlage findet. Niemand denkt daran, sagt Dr. Brüning mit Recht, erneut eine Spaltung des deutschen Volkes in zwei Lager zuzulassen. Würde sich nicht das Zentrum, das doch ganz sicher erheblich mehr Wähler in den besitzlosen Schichten der Bevölkerung hat, selbst den Todesstoß versetzen, wenn es sich einer Politik verschreiben würde, die mit dem Worte „Vollbürgerbündel“ begehrt werden soll? Lassen wir Zentrumskreise und darum nicht durch solche Phrasen und die Gehe, in der sich jetzt nach früherem deutschnationalen Rezept die Mitglieder der Linken gefallen, irgendwelche betreten! Vertrauen wir der Führung, den Männern unserer Generation, die auf den verantwortungsvollen Posten stehen. Wer es aber nicht verwinden kann, daß die jetzige parlamentarische Mehrheit mit den Deutschnationalen zustande gekommen ist, der möge sich bei denen beschweren, die durch schamhafte Hege, reden, durch vorläufige Verschlässe und andere Vorkommnisse das Zustandekommen der Großen Koalition verhindert haben.

Eine unerwartete Wendung in China.

Der siegreiche Vormarsch der Kantonesen.

Kaiserköpingartig ändert sich fast täglich die Lage in China. Aus den in Europa eintreffenden, meist völlig unkontrollierten Nachrichten, können sich selbst die leidenden Staatsmänner kaum ein richtiges Bild machen, so daß der englische Außenminister vor einigen Tagen dem Unterhaus den Abschluß eines Vertrages mit der Kantongregierung mitteilte, ohne daß die Verhandlungen schon so weit gediehen waren.

Nun stellt sich heraus, daß der Außenminister der Kantongregierung, Tschang, die Befragungen mit dem englischen Vertreter O'Malley zum zweiten Male wegen der nach Schanghai gelangten englischen Streitkräfte abgebrochen oder doch wenigstens aufgeschoben hat, nachdem alles schon zur Unterfertigung fertig war. Diesen zweiten Ausbruch haben sich die 4000 Mann englischer Truppen, die in Schanghai gelandet waren, mehrere Stunden lang mit klingendem Spiel kreuz und quer durch die Stadt ziehen lassen, angeblich um die europäische Ziedlung wenigstens in etwa zu beruhigen. Wenn auch die Chinesen nur zu genau wissen, daß diese verhältnismäßig schwache Streitmacht lange nicht ausreicht, um Schanghai selbst gegen die schlecht bewaffneten und mangelhaft ausgerüsteten chinesischen Truppen zu schützen, so hat diese Demonstration doch große Wirkung in der Stadt und besonders bei dem Wohlhervergerufen. Der Haß gegen die Fremden, der ohnehin in der letzten Zeit sehr groß ist, ist noch geschürt worden, so daß es gar nicht zu umwahrheitlich ist, wenn über kurz oder lang die Feindschaft und Nationalität sich zu einer gemeinsamen Front gegen die Fremden, besonders die Engländer, zusammenschließen. Daran ändern auch nichts die neuen Vorschläge der Kantonesen für einen Einigungsvorschlag. Tschang hat dem englischen Vertreter mitgeteilt, daß die englische Konzeption in Hankau mit den ehemaligen deutschen und russischen Konzeptionen zu einem Verwaltungsbezirk unter chinesischer Leitung vereinigt werden sollte, falls England sich verpflichtete, nicht mehr als 4000 Mann in Schanghai zu landen. O'Malley hat diese Vorschläge an Chamberlain weitergegeben und ihre Annahme empfohlen, da auf dieser Grundlage allein ein etätliches Verhältnis in China geschaffen werden könnte. Inzwischen hat allerdings die Regierung in Peking eine weitere Verbindung gestellt und verlangt, daß sie von den europäischen Mächten als einzige Regierung Chinas anerkannt würde. Die Kantonesen konnten diese Forderung, die in vieler Hinsicht geradezu unangehörlich klingt, stellen, da die Kantontuppen und sich auf ihrem Vormarsch Schanghai nähern. Diese Nachricht liegt umso erstaunlicher, als man bisher immer annahm, daß unter den Nationalisten eine große Disziplinlosigkeit herrsche und daß man daher von ihnen keine großen Leistungen erwarten könne. Nun ist es ganz anders gekommen.

Auf die Nachricht, daß Tschangtschun mit großen Teilen der Nordarmee den Vormarsch von Peking angestrengt hatte, haben die Kantonesen zunächst eine Division in Richtung auf Peking vorzugehen und ihr in den nächsten Tagen weitere bedeutende Streitkräfte folgen lassen, um den in Schanghai befindlichen Marschall Sun zurückzutreiben. Um ihn gleichzeitig von dem Meere abzuschneiden, sind starke Teile der Kantonararmee von Ningpo aus der Küste entlang gegen Schanghai vorgegangen, die südlich der Küste bereits nach Schanghai umgekehrt, um auf dem Seewege der drohenden Umgangung zu entgegen. Der plötzliche Witterungssoll in erster Linie auf den Verrat seines Unterfeldherrn Pei-pausch zurückzuführen sein, außerdem sollen ganze Regimenter die Waffen niedergelegt und in ihre Heimat entlaufen sein. Sun kann mit seinen eigenen schwachen Kräften Schanghai nicht verteidigen und hat sich an den General Suntschuanfang gewandt, der mit seinen Truppen in der Provinz Schantung steht, nachdem er von Sun im vorigen Jahre aus Schanghai vertrieben worden war. Allgemein hatte man geglaubt, daß diese Armee nach ihrer nicht unbedeutenden Niederlage völlig aus dem Felde geschlagen wäre, doch scheint sie sich in der letzten Zeit wieder etwas erholt zu haben. Ihr Führer nimmt allerdings von seinem früheren Gegner Sun als monatlich eine bedeutende Summe in Empfang, trifft aber nicht die geringsten Anstalten ihm zu helfen. Allen Anschein nach wartet er nur, bis die Armee Suntschuanfangs zusammengebrochen ist und will sich dann selbst wieder in den Besitz von Schanghai setzen.

In den letzten Tagen hat sich im Westen der Provinz Tschangtschun auch der General Wupeifu wieder gemeldet, den man auch nach den Ereignissen im Sommer 1926 für erledigt hielt. Ehe es jedoch zum Kampfe zwischen ihm und den Truppen Tschangtschuns kam, haben sich die beiden Führer geeinigt und beschlossen, gemeinsame Sache gegen die Nationalisten zu machen. Es dürfte jedoch jetzt bereits zu einem erfolgreichen Vorstoß Tschangtschuns auf Schanghai zu spät sein, da die Kantonesen durch ihren unerwarteten Vormarsch einen großen Vorprung errungen haben. Tatsache ist, daß der wichtige Knotenpunkt Peking, 18 Meilen südwestlich von Hankau, schon in den Händen der Avantgarde der Kantonararmee ist, die ohne langen Aufenthalt den Marsch fortgesetzt hat. Wenn man die schlechten Verkehrsverhältnisse und die mangelhaften Straßen in China berücksichtigt, so dürfte es Tschangtschun nicht gelingen, vor zwei bis drei Wochen in Schanghai einzutreffen, vorausgesetzt, daß auf den Vormarschtruppen genügend Verpflegung zur Verfügung gestellt werden kann. Dieses ist jedoch sehr zweifelhaft; daher ist es nicht ausgeschlossen, daß der Marsch noch bedeutend länger dauert und daß die Feindschaft Schanghai erst erreichen, wenn es längst im Besitz der Kantonesen ist. Allerdings ist man so in China nie vor Ueberraschungen gesichert und niemand bürgt uns dafür, daß die Kantongregierung eines Tages aus zunächst unbekannten Gründen ihren Vormarsch einstellt und die ihr jetzt günstige Konjunktur nicht ausnützt.

Dazu kommt noch ein anderes. Die Gerüchte, daß der Norden und Süden Chinas sich zu einer Einigkeit front verschmelzen wollen, verdichten sich immer mehr. Allen Anschein nach sind auch Verhandlungen zwischen den beiden Hauptparteiern im Gange. Tschangtschun selbst bleibt allerdings der erbitterte Gegner der Nationalisten und erläßt täglich heftige Aufrufe gegen die Kantongregierung und gegen die Volkschinesen, in denen er die ärgsten Feinde Chinas sieht. Aber der Generalschef der Nordarmee, General Pangdun-ting, ist ein großer Freund der Einigung und er steht dauernd mit der Kantongregierung in Verbindung, da sein Einfluß auf Tschangtschun nicht gering ist, erscheint es gar nicht ausgeschlossen, daß sein Plan eines Tages doch noch durchgehen wird und Tschangtschun im Interesse seines Volkes seine Bedenken gegen eine Einigung mit dem Süden fallen läßt. Heute läßt sich hierüber jedoch noch nichts sagen, die Zukunft ist in China dunkler wie je, man kann besonders in der Jetztzeit und aus der Ferne nicht voraussagen, was der nächste Tag, ja, was der Abend bringen wird.

Neuerst ernste Lage in Schanghai.

London, 19. Febr. „Daily News“ berichtet aus Schanghai vom Sonnabend früh: Die Lage in Schanghai ist äußerst ernst. Der Generalabteil hat mitgeteilt, daß die Arbeiter für heute vormittag einen Generalstreik verlangen, um ihre Forderungen nach Räumung Schanghais durch die britischen Truppen und das Heer Suntschuanfangs mit Gewalt durchzusetzen. Die Straßenbahn in den westlichen Bezirken stelle die Arbeit ein. Eine amerikanische Firma hat ein Privattelegramm erhalten, wonach ein britischer Dampfer auf dem oberen Yangtse requiriert wurde, worauf ein britisches Kanonenboot in Aktion trat. Infolge der Veränderung in der militärischen Lage in Tschangtschun haben zahlreiche Missionare eiligst ihren Posten in der Provinz verlassen und treffen in Schanghai ein. Tainkschau und Wentschau sind ebenfalls von den Ausländern geräumt worden. — „Daily Telegraph“ berichtet aus Peking, es bestehe guter Grund zu der Annahme, daß das Kantonaabkommen wieder zur Unterzeichnung bereit sei und daß die früheren Meinungsverschiedenheiten beseitigt worden seien.

Ausrufung des Generalstreiks in Schanghai.

Schanghai, 19. Febr. (Reuter). Der Allgemeine Gewerkschaftsbund hat heute den Generalstreik ausgerufen, um seiner Forderung nach Räumung Schanghais durch die Truppen Suntschuanfangs und durch die britischen Truppen Nachdruck zu verleihen. Heute vormittag legten alle Angestellten der Post, der Straßenbahn und der Omnibusbetriebe in der französischen Konzeption die Arbeit nieder. Die Zahl der Streikenden beträgt 40.000.

[illegible]